

Die „Freiheit“ erscheint wochentlich am Donnerstag und Freitag...

Die achtzehnjährige Konsumiererin über dem Baum kostet 1.- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Thüringer Wahlkampf

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Der Kampf um die künftige Zusammensetzung des Thüringer Landtages steht auf seinem Höhepunkt...

Die Verschärfung der innerpolitischen Lage Deutschlands wirkt sich naturgemäß in diesem Wahlkampf besonders stark aus...

Diese Vorgänge berechtigen zweifellos dazu, dem Entscheidungstage mit einiger Zuversicht entgegenzusehen...

Nationalistischer Krawall in Belgien

Belgische Nationalisten gegen deutsche Sozialisten

II. Brüssel, 8. September.

Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Louvière eine Gewerkschaftsmasche organisiert...

Im Laufe des Tages haben die belgischen nationalen Vereine gegen die Anwesenheit des deutschen Delegierten durch Plakate Protest erhoben...

Weitere Verhandlungen mit Sinnfein

Konferenz mit den Sinnfeinern am 20. September

Paris, 8. September.

Wie der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Zuzerich zu wissen glaubt, läßt Lord George in einer Note die Vertreter der Sinnfeiner ein...

Der Kabinettsrat in Schottland

EE. London, 8. September.

Gestern morgen um 7.30 Uhr verließ Lord George Strachan und begab sich nach Roy Hall...

gleich die Kommunisten Arm in Arm mit den Rechtsparteien durch die Ablehnung der Grundsteuer die Auflösung des Landtages erzwingen...

In den Teilen Thüringens, wo sie durch die Parteispaltung erkräftigt sind, insbesondere im Gothaischen, üben sie gegen die Unabhängige Sozialdemokratie den ärgsten Verfallungsterror...

Major Barton herbeigerufen, der 50 Minuten später das Mansionhouse von Inverness mit der neuen Note der englischen Regierung verließ...

Nach offizieller Sitzung wurde von englischer Seite eine Kommission eingeleitet, die außerordentliche Vollmachten erhielt...

Arbeitslosenunruhen in England

Die Polizei schießt auf die Demonstranten

EE. London, 8. September

In Bristol kam es gestern zu großen Unruhen. Tausende von Arbeitslosen durchzogen die Stadt...

Kein Ultimatum an Ungarn

Die ungarische Korrespondenz meldet aus Budapest, daß die Note der Entente, wie in Regierungskreisen versichert wird, keinen ultimativen Charakter trägt...

Unabhängig von diesem Schritt, dem man in hiesigen politischen Kreisen keine große Bedeutung beilegt, haben Mittwoch nachmittag die Regierungen der kleinen Entente in Budapest eine gemeinsame Demarche unternommen...

Volkskammer Dr. Mayer bei Beland. Ministerpräsident Briand empfing am Mittwoch nachmittag im Ministerium für die auswärtigen Angelegenheiten den deutschen Volkskammer Dr. Mayer...

Lügen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie trotzt. In der Handhabung der Waffe der Lüge stehen die Kommunisten der Reaktion nicht nach...

So bietet der Thüringer Wahlkampf viel des Erfreulichen und manches des Betrübenenden. Aber das eine darf als sicher gelten: Die Reaktion ist erschüttert und sie ist im Zurückfluten begriffen...

# Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich

Die Verhandlungen wegen der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern werden heute fortgesetzt. Der „Germania“ wird telegraphisch aus München gemeldet, daß die bayerische Regierung gewillt sei, bei ihrem Entgegenkommen über zwei Bedingungen nicht hinauszugehen. Sie fordert erstens, daß der Ausnahmezustand in Bayern nicht durch das Reich aufgehoben wird, und zweitens, daß weitere Verbote gegen rechtsstehende Organe unterbleiben und daß insbesondere das Verbot gegen die „München-Augsburger Abendzeitung“, deren Chefredakteur übrigens der bekannte Rappist Max Traub ist, außer Kraft gesetzt wird.

Zu diesen hochwichtigen Forderungen der bayerischen Regierung schreibt die „Germania“:

Aus der zweiten Forderung ist deutlich zu ersehen, in wie starkem Maße deutschnationale Kräfte in der bayerischen Koalitionsregierung wirksam sind. Ob es trotzdem gelingen wird, den Weg zur Verständigung zu finden, was gewiß zu wünschen wäre, dürfte das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung, über das zur Stunde noch nichts bekannt ist, erkennen lassen.

Uns erscheint es nicht nur zweifelhaft, ob es gelingen wird, den Weg zur Verständigung zu finden, sondern wir bezweifeln sogar, daß die bayerische Regierung den Willen hat, einen Weg zur Verständigung zu suchen, insbesondere einen Weg, mit dem sich auch die deutsche Arbeiterschaft einverstanden erklären könnte.

Zu den Ereignissen in München ist noch nachzutragen, daß auch der Anschlag der Plafate der S. P. D. und der Gewerkschaften verboten worden ist. In diesem Plafat heißt es:

Selbsttätige Eigenbrötchen, engstirniger partikularistischer Eigennutz haben neuerdings das ganze deutsche Volk in einem Augenblick in Schwierigkeiten versetzt, in dem schon die augenblickliche Lage Deutschlands die geschlossene Einheitlichkeit des Volkes und die rücksichtslose Unterstützung der Reichsregierung und der Republik verlangt. Nicht nur die Interessen der deutschen Arbeiter allein, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des gesamten schaffenden Volkes ohne Unterschied des Berufes stehen auf dem Spiel. In Bayern selbst wird der Ausnahmezustand aufrecht erhalten und ohne Grund und Notwendigkeit einseitig unter schmähtlicher Richtsichtigung des Grundgesetzes der Gleichheit vor dem Gesetz durch Verwaltung und Justiz nur gegen linksstehende Parteien angewendet. Unter seinem Schutze können sich die rechtspolitischen Hochverratsbestrebungen breitmachen, gebildet von der gegenwärtigen Regierung. Soweit konnte es kommen, daß gegen friedliche Bürger, die in der höchsten, durch Mordanschlag von rechts geschaffenen Not des Volkes ihr Treuebekenntnis zur Verfassung und gegenwärtigen Staatsform bekundeten, ohne jeden Grund Panzerkorps aufgeschickt, Maschinengewehre eingesetzt und Handgranaten geschleudert wurden. Soweit haben wir es gebracht, unter „Führung“ eines Mannes, der bei jeder Gelegenheit ein Lippenbekenntnis zur Reichstreue ablegt und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Schaffenden aufgerufen hat.

Schamlos und verlogen, heißt es weiter, werde in steigendem Maße gegen Reich und Reichseinrichtungen gehandelt. Die Maßnahmen des Reiches seien nicht gegen das bayerische Volk gerichtet, sondern dienten lediglich dem Zweck, die Verfassung zu schützen und den Mordanschlag nicht zu einem ständigen Kampfmittel gegen die Republik und ihre Führer werden zu lassen. Bayern dürfe nicht länger der Hort der Unruhe, der Volksverhetzung und der Reichsverdröbenheit sein. Zum Schluß werden alle freiheitlich Gesinnten aufgerufen, wachsam und gerüstet zu sein. Alle notwendigen Maßnahmen seien vorbereitet.

## Die Uniform wollen sie tragen

Wohl in keinem Lande der Welt wird mit Uniformen so viel um sich gebracht wie in Deutschland. Möglichst bunt muß sie sein, mit möglichst vielen Ähnen, Aufschlägen, blanken Knöpfen usw. verziert. Das erzielt Wirkung. Und wenn dann noch gar ein Monokel ins Auge geklemmt ist, hat die Sache etwas Impressionelles. Bistack ist sogar die Uniform das einzige Im-

portierende des Uniformträgers. Man stelle sich vor, welchen Eindruck z. B. die preußischen Offiziere machen würden, wenn man sie des Monokels und der bunten Uniformen entkleidet. Waren dies doch häufig die einzigen Kennzeichen für ihre Zugehörigkeit zum ersten Stande. Sonst nur Schasmäßigkeit, Borniertheit, Unwissenheit, wenn nicht gar Idiotenhaftigkeit. Und da niemand gern als Feind und Idiot rein äußerlich erkennbar sein will, finden wir es verständlich, wenn der Deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere und der Reichsoffiziersbund 1920 gegen das kürzlich ausgesprochene Verbot, Uniform zu tragen, Protest eingelegt hat. Aber andererseits ist gar nicht einzusehen, warum, um die bekannte Fabel vom Fiel in der Löwenhaut zu variieren, Schasgeschichter durch Monokel und Uniform verdeckt werden sollen.

## Sie sind erkannt!

Die Deutschnationalen gegen die deutschen Volksparteier In der rechtsdeutschnationalen „Mecklenburgischen Warte“, dem Organ des Junkers v. Graefe-Godebee, ist zu lesen:

„Seit der Mordtat Erzbergers verhält sich die Deutsche Volkspartei allen Tagesereignissen gegenüber merkwürdig zurückhaltend. Sie hat bekanntlich gegenüber den Erlassen der Reichsregierung nicht wie die Deutschnationale Volkspartei eine ablehnende Haltung eingenommen, die Maßnahmen aber auch keineswegs gebilligt. Ihre Stellungnahme läßt darauf schließen, daß die Deutsche Volkspartei ernstlich daran denkt, mit in die Regierung einzutreten, und es infolgedessen vorzieht, keine Schritte gegen sie zu unternehmen. Innerhalb der Deutschen Volkspartei finden jetzt dauernd Beratungen über die augenblickliche politische Lage statt, und die bevorstehende Volkspartei-Tagung in Magdeburg wird eine klare Formulierung der Bedingungen, unter denen sie in die Regierungskoalition eintreten würde, ergeben.“

Der Rat nach links scheint also auch Herrn Stresemann zu locken. Eine Pressekampagne hat diesen Schritt langsam vorbereitet, und im Reichstagsauschuh ließ die Deutsche Volkspartei erklären, sie stehe vollständig hinter der Verfassung von Weimar und lehne es ab, als Rechtsparterie angesprochen zu werden.

Warum auch nicht? Konjunkturpolitik war von jeher bei Herrn Stresemann zu Hause. Er wird also auch diese günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Die Frage ist nur, ob seine Wähler die neue Front mitmachen werden. . . .

Stresemann und die Deutsche Volkspartei also sind auch von denen erkannt, mit denen sie es trotz ihres augenblicklichen Liebäugelns nach links doch nicht gerne verderben möchten.

## Die sittliche Verantwortung der Presse

### Forderungen des Vereins Berliner Presse

Der Verein Berliner Presse hat am Mittwoch in einer stark besuchten Sitzung die folgende Entschliessung angenommen: Der Verein Berliner Presse, dem Journalisten und Schriftsteller der verschiedensten politischen Richtungen angehören, erklärt die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. 8. 19. für eine schwere Gefährdung der freien Betätigung der Presse, weil sie durch die Möglichkeit schwankender Auslegungen eine Rechtsunsicherheit schafft. Durch die Art der Ausführung ist diese Gefährdung zu einer Anhebung jeder journalistisch-politischen Wirksamkeit geworden. Es ist in einem modernen Staatswesen unerträglich, daß Zeitungen auf Grund der von ihnen vertretenen Tendenz verboten werden, ohne daß ihnen konkrete Verstöße gegen die Rechtsordnung vorgeworfen werden können und ohne daß sie durch schnelle wirksame Rechtsgarantien gegen Willkür geschützt sind. Der Verein Berliner Presse fordert daher die Aufhebung aller bisher ergangenen Zeitungsverbote, die auf Grund der vertretenen Tendenz der verbotenen Blätter oder wegen bestimmter Tatbestände erfolgt sind, die bereits vor Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten erfolgt waren. Der Verein fordert ferner die Erziehung jener Verordnung durch gesetzliche Bestimmungen, die so gefaßt sind, daß die Presse aller politischen Richtungen unter jeder wie auch immer parteimäßig zusammengesetzten Regierung ihre Aufgabe im Dienste der Öffentlichkeit zu erfüllen

vermag. Die Erfüllung dieser Aufgabe steht andererseits voraus, daß die Presse den politischen Kampf immer in derjenigen Grenze führt, die durch die Achtung vor der persönlichen Ehre des Gegners und durch die Notwendigkeit der Respektierung gegnerischer Anschauungen gezogen sind. Der Verein Berliner Presse vertritt nicht, daß diese Grenzen in der letzten Zeit von manchen Presseorganen bedauerlicherweise erheblich überschritten worden sind. Er fordert alle Kollegen auf, in Zukunft danach zu trachten, daß die Pressefreiheit notwendigerweise ihre Ergänzung in der Selbstdisziplin und im gesteigerten Bewußtsein für die Würde und sittliche Selbstverantwortung der Presse finden muß.

Es ist merkwürdig, daß diese Herren sofort auf dem Plan erscheinen, nachdem einmal einigen ihrer reaktionären Buzensfreunde ein Haar gekrümmt worden ist, während sie alle Unterdrückungen von Arbeiterblättern stets stillschweigend ertragen, ohne zu finden, daß eine Anhebung der journalistisch-politischen Wirksamkeit vorlag. Im übrigen waren bei allen Verboten reaktionärer Blätter die „konkreten Verstöße gegen die Rechtsordnung“, die der Verein als Voraussetzung für ein Verbot fordert, in Hülle und Fülle gegeben. Dagegen sind alle von Verboten betroffenen Blätter von sittlicher Selbstverantwortung offensichtlich endlos entern.

## Eine mächtige Welle von links

Im Gegensatz zu dem engstirnigen Treiben der nationalistischen Presse, die die gewalttätige und tiefe Empörung der Massen gegen das reaktionäre Treiben als eine Mächtige einzelner „Führer“ und „Agitatoren“ hinzustellen versucht, wie das ja immer ihre Methode war, vertritt der Verfasser einer Zeitschrift an die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ einen wesentlich einschlägeren Standpunkt. Unter Berufung auf die allgemeine Erregung über den Mordanschlag an Erzberger und auf das Verhalten der bayerischen Regierung in den letzten Tagen heißt es da:

„Es scheint fast, als ob man in jenen bayerischen Kreisen sich keine rechten Vorstellungen machen kann von der ganzen Tragweite dieses Mordes und von den ungeheuren durch ihn heraufbeschworenen Gefahren. Es ist ja leicht zu sagen, daß man sich nicht durch Straßendemonstrationen imponieren lasse, aber die bloße Tatsache dieser Demonstrationen und ihres gewaltigen Umfangs ist eine Realität. Eine politische Realität ist auch die Stimmung der breiten Schichten Deutschlands, die nur der Verleugner kann, der sich sein Urteil über die Volkstimmung aus Zufallsäußerungen am Bierstisch und im Straßenbahnwagen bildet. Es ist ganz außer Zweifel: durch Deutschland geht, gewendet durch den Mord an Erzberger und durch die jahrelangen, bis zur Unentzählbarkeit gehäuferten Mordanschläge von rechts eine noch schweigende, aber mächtige Welle von links.“

Daraus wird dann gefolgert: „Der Mord an Erzberger hat in ungeahnter Weise das Schwerkraft der politischen Lage nach links gerückt“, und „das Wort des Reichskanzlers am Grabe Erzbergers: „Wehe dem, der noch einen Tropfen in den überfüllten Kelch schüttet!“ hat eine noch weit größere Bedeutung, als manche ahnen.“

Das ist durchaus zutreffend. Aber da die Rahr und Böhmert die Heflichkeit und Hergt fortzuführen mit ihren Provokationen, muß die Regierung nun auch dieser Erkenntnis Rechnung tragen, wenn nicht auch sie durch ihre Unterlassungen dazu beitragen will, daß der Kelch wirklich überläuft.

## Eine bewußte Irreführung

Nachdem eine Reihe von bayerischen Zeitungen einem vom Verfassungsausschuh des Reichswirtschaftsrats ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Gliederung des Reiches die gänzlich falsche Tendenz eines politischen Teilungsplanes untergelegt hatte, nimmt auch die „Kreuzzeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 7. September diesen Vorwurf auf und spricht von einem Pläne der „Zerstörung Bayerns“, der nicht geeignet sei, die Lage zu bessern. Hierzu erfahren die U. P. K. von unrichtiger Seite: Die politische Schulung und Einsicht der „Kreuzzeitung“ kann nicht so niedrig eingeschätzt werden, daß sie die wahre Bedeutung des Planes des Reichswirtschaftsrats nicht erkannt habe. Man muß also in der Beurteilung des Blattes eine bewußte Irreführung und Aufschüpfung der öffentlichen Meinung Bayerns gegen das Reich erblicken.

# Internationale Sommerschule in Salzburg

Von Karl Kosler, Wien

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit hat für alle jene, die sich für die pazifistische Bewegung interessieren, eine Reihe von Kursen veranstaltet, die in den ersten zwei Augustwochen in Salzburg im Mozarteum abgehalten wurden. Zweck dieser im Anschluß an den Kongreß der Internationalen Frauenliga veranstalteten Kurse ist die Förderung der Völkerverständigung, wozu Vorträge hervorragender, zum Teil ausländischer Gelehrter, vor einer internationalen Hörerschaft und hieran sich anschließende Diskussionen beitragen sollten.

Die vorgetragenen Themen gingen von verschiedenen Gesichtspunkten, psychologischen, politischen und historischen, auf das eine Ziel los: Hebung des Bewußtseins, daß nur eine Verständigung aller Völker der Erde auf friedlichem Wege zur Erreichung der allgemein anerkannten Kulturideale führen könne. Kunst, Literatur und Musik, Wissenschaft, Geschichte und Natur boten das Beweismaterial für die Richtigkeit der friedlichen Tendenzen, zu denen sich alles in der Welt, ob Mann oder Frau, jung oder alt, ohne Rücksicht auf Rasse, Nation, Klasse oder Konfession bekennen sollte, wenn nicht über kurz oder lang die Welt von neuen, kaum noch vergessenen Kriegsgreueln heimgegriffen werden soll.

Von den Gelehrten, die sich dieser dankenswerten Mühe unterzogen, mögen nur nachfolgende erwähnt sein: Prof. Eduard Lehmann von der Universität Lund in Schweden, der die Themen: Kunst und Musik als internationales Erziehungsmittel und Skandinavien als Vorbild des Weltfriedens, behandelte. Prof. Lazar von der Viraquet-Klinik in Wien, der über die Unterdrückung der Triebe als Ursache von Konflikten sprach. Prof. G. F. Nicolai hielt drei Vorträge: Die Entwicklung der angeborenen sozialen Instinkte in der Menschheit, die Vorteile der gegenseitigen Hilfe gegenüber dem Kampfe ums Dasein und die Lage der Nationen als einziges Mittel gegen den Krieg. Der durch seine Tätigkeit als Armenarzt bekannte Engländer Dr. Pyonell Taylor sprach über den Geist der internationalen Freundschaft und des internationalen guten Willens. Mit Dr. Ethel Williams über die Empfänglichkeit der Frauen für eine besondere Erziehung im Internationalismus und über Mutterterrschaft, der Leiter eines Schweizer Landerziehungsheims Tobler über soziale Erziehung, der Engländer Reilly über Selbstregierung in der Schule, Conaquet über den Sozialismus als Friedensfaktor. Prof. Schufze-Gaevernitz erörterte die

Frage: Wie die verschiedenen Teile der Weltwirtschaft sich gegenseitig bedingen.

Trotz des anhaltend prächtigen Wetters und trotz der gebotenen Möglichkeit an Besichtigungen in der an Sehenwürdigkeiten so reichen Stadt und an Ausflügen in die bekanntermaßen landschaftlich reizende Umgebung teilzunehmen, waren, da an den Wochenenden nur wenige Gebrauchs machten, die Vortragsabende nicht gefüllt. Studenten und Studentinnen ließen es sich nicht nehmen, zu zeigen, daß sie mindestens ebenso wie die neben ihnen sitzenden Graubücker reif seien, in die Tiefen der zur Erörterung gelangenden Probleme zu dringen, ja bei den ziemlich lebhaften Diskussionen trat die Tendenz offen zutage, daß schon die heutige Jugend berufen sei, die Worte der graubäuerigen Theoretiker in die Tat umzusetzen.

Die Hörerschaft, über 300 an Zahl, setzte sich aus Lernbegierigen aus aller Herren Länder zusammen. Neben Japanerinnen sah man Griechinnen und Tschechoslowaken, neben Chinesinnen Schweizerinnen und Bulgarinnen sitzen und eifrig Notizen machen, als gelte es, von dem Gehörten nichts verloren gehen zu lassen, und es dabei zu verwerten. Wenn man von Deutschland und Oesterreich absteht, stellen England, Amerika, die skandinavischen Staaten, Frankreich und die Schweiz das größte Kontingent von Kursteilnehmern. Aber auch Indien, Mexiko, Belgien, die Ukraine und Jugoslawien waren vertreten. Die Kursteilnehmer aus Ländern mit hochwertiger Valuta hatten ihren Studiengroschen aus polenischen Ländern, namentlich Deutschen, Tschechoslowaken und Oesterreichern, mit anerkannter Hochherzigkeit den vierzehntägigen Aufenthalt in der Stadt Mozarts erträglich, wenn nicht gar überhaupt möglich gemacht.

Die gleichzeitige Abhaltung der Mozartwoche bot den Besuchern der Sommerschule die erfreuliche Gelegenheit, sich in den Abendstunden für den entgangenen Genuß der Natur Schönheiten in reichem Maße schadloß zu halten. Uebrigens waren auch im Rahmen des Programmes der Sommerschule selbst einige musikalische Vorträge, darunter einer ausgeführt von englischen Arbeiterinnen, vorgelesen.

Die Internationale Sommerschule bot so viel des Lehrreichen, daß schon von der Veranstaltung einer zweiten im nächsten Jahre gesprochen wird.

Die Kaisergruft als Nachfoler. In der neuen „Weltanschauung“ schreibt der Herausgeber: „Da schreibt mit ein gewisser Domingo, er habe die Kaisergruft in Worms gepachtet und wolle sie zu einem eleganten Nachfoler ausgestatten. Wissen Sie: Alles sehr diskret. . . . Reife Kunst. . . . Nach Ritterschlag Zusammen sein mit toten Kaisern.“ Diese Revolution hat doch einen Grad von Schamlosigkeit herabgebracht. . . .“ Der Schreiber bemüht sie, um mit allem Geschäfte zu machen.

## Von der Sendung

Gnade nannte man das früher, und es ist viel Aufzug mit diesem Wort getrieben worden. Gnade nannte es die Kirche und benutzte es, um die Seelen zu fesseln. Von Gottes Gnaden nannten sich die Herrschenden und mißbrauchten das Wort Gott, indem sie sich unrechtmäßig im Glauben der Mitmenschen neben Gott, das damalige Idol der Menschheit, stellten.

Vielleicht sagt das Wort Sendung noch mehr, da es nicht nur auf das Empfangen von Aufgaben, sondern auch auf das Erfüllen deutet. Eine Sendung hat jeder von uns in dieser Welt. Es ist das, was er durch sein Wort, seine Kunst, seinen Gedanken oder durch sein Wesen zum Ausdruck bringt. Es ist etwas, das man sie von dem großen Schöpfungsgebanken „Leben“ durch Wärme oder Kraft zu überzeugen vermag. Wer eine Sendung hat, in dem ist Stolz und Demut zugleich, der Stolz, daß er diese Aufgabe in sich fühlt, daß er dadurch Führer, Lehrer seiner Mitmenschen ist, und die Demut vor dem Leben, dessen Teil er ist und das Tausenden wie ihm, jedem keine Aufgabe mitgegeben: er ist Reiz, daß er sich seiner Aufgabe, seiner Sendung bewußt geworden ist und demütig, daß er nicht Macht hat, allen die ibrige Aufgabe so bewußt machen zu können. So drängt bei dem, der seiner Sendung bewußt geworden ist, alles zur Tat!

Etwas tun, heißt: den Stoff und die Trägheit des Stoffes überwinden. Etwas tun, heißt: umwandeln. Jeder Wandlung steigt ein Drang der Geister und Gefühle zugrunde. Darum ist jede Wandlung eine Lebenssteigerung zugleich. Daß das Ziel jeder Tat das Gute ist, sollte eine generelle Weisheit sein, denn jede Unterlassung ist vom Uebel. Solange wir das Gute noch so tief im Grunde führen, wissen wir an seiner Allmacht. Das Gute ist das selbstverständliche und alleinige Ziel der Sendung, um dementsprechen wir leben. Adrian Dietrich.

Der neue Ballenberg war gestern eine Enttäuschung großer Erwartungen. Schon der Titel „Junges Buzensfreund“ sprach die Sache. Was würde Ballenberg für ein Buzensfreund sein. Dazu Hans Bahmann als Partner! Aber es war ein lärmender, wüßiger Abend, aufreißend roh und albern.

Ballenberg braucht als Komiker ein Durchseinander. In dem Chaos von gestern sollte er als ein ganz feiner, schäbigerer Mitmenschen Opfer seiner Fremdscham sein. Sein Auftritt war lässlich. Man sollte auf über diese unerwartet blödsinnige Sarkastik, die da in riesigen Spitzenfedern mit langen Storchschnitten ins Zimmer geschlürft kam. Aber damit war der Abend erledigt und man hätte nach Hause gehen können. Das Stück war eine Kernprobe für anständige Menschen, demer auch Ballenberg auf

# Völkerverbund und Abrüstung

Die in Genf zum zweiten Male zusammengetretene Völkerverammlung beschäftigt sich bis jetzt im wesentlichen mit technischen Dingen, Kommissionsbildungen und dergl. Auch die Arbeit ruht vorzugsweise in den Kommissionen. Für uns am besten interessiert bleibt die Haltung des Völkerverbundes zur Abrüstung, weil gerade in der Lösung dieser Frage eine der Hauptbedingungen für die Sicherung des Weltfriedens besteht, die nach die vornehmste Aufgabe des Völkerverbundes ist. Wir haben schon mehrfach auf die Unmöglichkeit hingewiesen, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung und der Machtbefugnis des Völkerverbundes die Frage der Abrüstung einer Lösung entgegengeführt werden könne, die unseren Absichten entspräche. Bestenfalls kann der Völkerverbund die praktischen Möglichkeiten der Abrüstung studieren. Und das hat er denn auch nach Kräften, ohne daß allerdings dieses eingehende Studium bis jetzt wesentliche Resultate gebracht hätte.

In der Kommission für Abrüstung, die am Mittwoch zum Zentralrat, Berichtete Vianis-Frankreich über die Tätigkeit der Abrüstungskommission. Bekanntlich war an die Mitglieder des Völkerverbundes der Aufruf ergangen, in den nächsten zwei Jahren ihr Budget für Abrüstung nicht zu überschreiten. Vianis erklärte, daß die hierauf eingegangenen Antworten wenig befriedigend seien. Er sprach sodann über die gegenseitige Kontrolle in der privaten Erzeugung von Waffen und Munition. Die Kommission sprach sich für den Grundgedanken aus, eine internationale Konferenz zur Kontrolle des privaten Waffen- und Munitionshandels zu schaffen. Im Laufe der Sitzung forderte Robert Cecil-England, daß die Sitzungen der Abrüstungskonferenz öffentlich seien. Der Antrag wurde angenommen, und man ließ die Journale in den Sitzungssaal.

Seit einem Jahr ist man also nicht weiter gekommen als zur Schaffung einer internationalen Konferenz zur Kontrolle des privaten Waffen- und Munitionshandels. Man muß gestehen, der Völkerverbund ist sehr anspruchlos. Auf diese Art und Weise wird er zwar mit der Zeit zu einer vorzüglichen Kenntnis der Abrüstungsfrage kommen, es aber nicht hindern, daß Griechen und Türken, Russen und Rumänen, Amerikaner und Japaner aufeinander los schlagen. Wir schlagen vor, den gegenwärtigen Völkerverbund, dem jede Ergebnis fehlt und der sich bereitwillig an die Wand drücken läßt, den Namen "Internationale Studiengesellschaft" zu geben. Das trifft sowohl den Charakter als auch den praktischen Wert seiner Tätigkeit.

## Die englischen Arbeiter und der Völkerverbund

London, 7. September.

Der Gewerkschaftskongress in Cardiff nahm eine von E. J. C. begründete Entschliessung an, in der gefordert wird, daß der Völkerverbund darauf angehalten werde, daß er solche Gesetze für eine angemessene demokratische Vertretung aller Nationen biete. Weiter heißt es darin, der Friede könne nur gesichert werden durch Schaffung einer internationalen Körperschaft, die das Vertrauen der Bevölkerung eines jeden Landes besitze, das nur gewonnen werden könnte durch angemessene direkte Vertretung der Arbeiterparteien in der Völkerverbundversammlung.

## Die Zusammenstöße in Speyer

Über die gestrigen Zusammenstöße in Speyer meldet die T. Z. noch folgende Einzelheiten: Im Laufe der Nacht waren zwei Krawalle ausgebrochen, die anlässlich der Kundgebung vor acht Tagen im Bildersaal im Regierungsgebäude veranlaßt hatten, verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis übergeführt worden. Von der Arbeiterschaft wurde die Herausgabe der Gefangenen verlangt und, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, der Generalkriegsverband. Dieser Parole wurde am größten Teil Folge gegeben. Frühmorgens schon sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Amtsgefängnis und versuchte, die Gefangenen zu befreien, was aber nicht gelang. Hierauf zog die Menge vor das Polizeigebäude in der Absicht, in dasselbe einzudringen. Sie wurde von der Polizei daran verhindert, die kleine Schreckschiffe abgab. Die Menge zog dann weiter vor das Rathaus, um sich hier Eingang zu erzwingen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Schutzmacht kam, die von der Schutzwaffe Gebrauch machte, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, von denen einer getötet sein soll. Drei Schutzeinheiten

wurden schwer mißhandelt. Sämtliche öffentlichen Gebäude sind geschlossen. Das Regierungsgebäude ist stark besetzt.

Der Provinzdelegierte der Pfalz der Internationalen Rheinlandkommission hat die Befehlsgewalt über Gendarmerie und Polizei in der Kreisstadt übernommen und dem Regierungspräsidenten und dem stellvertretenden Bürgermeister in Speyer die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zugesichert.

Es handelt sich hier lediglich um offizielle Berichte. Man muß abwarten, wie von der Arbeiterpresse die Zwischenfälle dargestellt werden. Wir sind aber nach wie vor der Meinung, daß die Arbeiterschaft sich vor jeder Unbesonnenheit hüten soll, um nicht der Polizei und den Reaktionsären billige Vorwände für neue Schreien zu geben.

## Kundgebung in Elbing

Uns wird geschrieben: 15 000 Elbinger Arbeiter demonstrieren Dienstag nachmittag auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz, vor dem Rathaus. Die Kundgebung war gemeinsam von Unabhängigen, Rechtssozialisten und Kommunisten vorbereitet. Von jeder Richtung sprach ein Redner. Einstimmig gelangte folgende Entschliessung zur Annahme:

"15 000 am 8. September in Elbing versammelte Männer und Frauen protestieren gegen die von deutschnationaler Seite fortgesetzt ins Werk geleiteten politischen Mordtaten. Mit Erbitterung sind in den letzten Jahren mehr als 300 Männer und Frauen ermordet worden, ohne daß auch nur ein nennenswerter Teil dieser Mordtaten geahndet wäre. Die Versammelten warnen die deutschnationalen Mordbrut. Die deutsche Arbeiterschaft hat bisher eine unerhörte Geduld bewiesen. Aber diese Geduld ist am Ende. Noch ein Vergehen weiter auf der bisherigen Bahn, und die Arbeiterschaft muß zur Selbsthilfe greifen."

Nach der Demonstration schlossen sich die Versammelten zu einem Zug zusammen und durchzogen unter Vorantragung einer roten Fahne die innere Stadt. Dann fand im Garten des Volkshauses eine zweite Versammlung statt. Die Polizei hielt sich völlig fern. Die Ruhe wurde nicht gestört. — Besonders bemerkenswert ist, daß die proletarische Einheitsfront immer wieder von den Massen mit stürmischer Zustimmung begrüßt wurde.

## Verhaftete Räuberbande

Braunschweig, 8. September.

Das Staatliche Presseamt teilt mit: Den unabhängigen Bemühungen der Staatsanwaltschaft und Polizei ist es nunmehr gelungen, nahezu restlos Aufklärung über jene Reihe von Verbrechen zu schaffen, die seit fast einem Jahre die Bevölkerung unseres Heimatlandes heimsucht. Die Ueberfälle von Braunklage und Bormühle, der Ueberfall am Hagenring und auf der Bodestraße in Braunschweig und endlich die bekannten Dynamitattentate hängen untereinander zusammen; sie sind das Werk einer Verbrecherbande, deren Mitglieder fast ausnahmslos haben ermittelt und verhaftet werden können.

Die ersten Feststellungen und Verhaftungen gelangen nach dem Postraub auf dem Hagenring, der im Dezember 1920 stattfand. Es wurden in Hannover-Wülfen verhaftet der Gürtler Franz Junge aus BERNBURG, der Dreher Ludwig Kusch aus Berlin, der Fleischer Albin Kaiser aus dem hiesigen Stadtteil. In Braunschweig wurden ungefähr gleichzeitig verhaftet der Seemann O. Meyer aus Hannover-Wülfen und der Schlosser W. Huchhausen aus Braunschweig. Letzterer ist es gewesen, der den Raub zu Raub in Sicherheit brachte. Die Täter sind gänzlich geflohen. Ein weiterer Beteiligter wird zur Zeit noch flehentlich verfolgt. Junge und Kusch waren auch bei dem Postraub in Bormühle im November 1920 beteiligt. Als Militäer kommen in Betracht der gleichfalls verhaftete Kraftwagenführer Braune aus Diesdorf, sowie zwei weitere Personen, deren Ermittlung noch im Gange ist.

An dem Ueberfall von Braunklage am 2. November 1920 nahmen 25 Männer teil, darunter wieder Kusch, Junge, Braune und Huchhausen und der bereits erwähnte flehentlich verfolgte. Nach den übrigen Tätern wird noch gefahndet. Bei dem Ueberfall auf der Bodestraße am 5. Juli d. J. wurde bekanntlich ein Täter geflohen. Es war der Stofbruder Georg Hannemann aus Berlin. Er war geständig und beugte im Gefängnis Selbstmord. Durch seine Angaben kam man auf die Spur der übrigen Täter, unter denen sich der Mechaniker Lange aus Thron und der Tischler Hermann aus Braunschweig befinden. Durch Geständnis eines der Beteiligten gelangte die Staatsanwaltschaft nun auf die Spur, welche zur Aufklärung der Dynamitattentate geführt hat. Die Namen sämtlicher aktiver Beteiligten sind der Staatsanwaltschaft bereits bekannt. Die Betroffenen befinden sich bis auf einen, der sich noch verborgen hält, seit gestern in Haft. Ferner wurden zwei

Trägt man alle bedeutungsvollen volkswirtschaftlichen Ereignisse der menschlichen Geschichte in eine Tabelle ein, so erkennt man auf den ersten Blick, besonders in den neueren durch vollständigeren Reichen ausgezeichneten Jahrhunderten, gewisse regelmäßige starke Schwankungen der Wirtschaft, sogenannte Maximalperioden des Vorkrisenstadiums, die sich an Zeiträume von 18,6 Jahren, den Mondperioden, an gruppieren lassen. Geht man jetzt von einem solchen Maximum als Basis aus und trägt die gesamten Vorgänge rückwärts und vorwärts in eine Zeitachse ein, deren jede Stufe 18,6 Jahre umfasst, dann drängt sich die Periodizität sowohl der Vorkrisenstadien wie der vorhergehenden Erdbeben mit geradezu überraschender Schärfe aus, die Wechselwirkungen der Eruptionen von Atina und Belus, Rauna Loa und Kilanea. Die Periodizität des Vulkanismus ist lediglich eine Folgeerscheinung der wechselnden kosmischen Gravitation. Flut und Ebbe etwa des Meeres ist nicht nur an die Oberfläche gebunden, sie wirkt bis in die Tiefe und aus der Tiefe wieder heraus.

Gibt es noch Planeten jenseits des Neptun? Eine interessante Entdeckung teilt S. Kowalew, Hesse, in der Zeitschrift "Kosmos" mit. Am Harvard-Observatorium machte man vor einiger Zeit die Beobachtung, daß in den Bahnbewegungen des Neptun merkliche Abweichungen vorkamen. Dieser Planet verhält sich demnach in seinen Bewegungen, daß man annehmen muß, er sei der Anziehungskraft eines fremden, bis dahin unbekanntes Körpers unterworfen.

Nach den Berechnungen, die auf Grund dieser Abweichungen vorgenommen worden sind, sind Schüsse auf die Masse dieses hypothetischen transneptunischen Planeten sowie seinen Abstand von der Sonne gezogen worden. Hiernach soll der Planet an Masse unserer Erde ungefähr gleich sein. Es ist jedoch anzunehmen, daß sein Volumen größer ist, da er, wie alle äußeren Planeten, wahrscheinlich spezifisch leichter ist als unsere Erde. Sein Abstand von der Sonne dürfte nahezu doppelt so groß sein wie der des Neptun, d. h. mehr als 1000 Millionen geographische Meilen betragen. Die Lichtstärke der Sonne ist jedoch bis dorthin so gering, daß es zweifelhaft erscheint, ob sie ausreicht, den Planeten derart zu beleuchten, daß er mit unseren optischen Hilfsmitteln wahrnehmbar wird. Vielleicht wird er nie wahrgenommen, sondern nur mit allerdings großer Genauigkeit errechnet werden.

Die Nachrichten von der Errechnung eines transneptunischen Planeten rufen die Erinnerung an die Entdeckung des Planeten Neptun selbst wach, die auf die gleiche Weise erfolgte. Es wurden in den Bewegungen des im Jahre 1781 von Herschel entdeckten, theoretisch nach für das hohe Alter eines sichtbaren Uranus Störungen festgestellt, die man genau beobachtete und auf Grund dieser der französische Le Verrier und der Engländer Adams die Masse des Uranus beeinflussenden Planeten seinen Abstand, seine Umlaufzeit und seinen Ort am Himmel zuerst errechneten. Die Entdeckung dieses Gestirnes legt die Frage nahe: gibt es vielleicht noch über den transneptunischen hinaus entlegene Planeten der Sonne? Gibt es vielleicht jenseits der vom Sonnenlicht erreichbaren Planetenzone eine womöglich noch viel größere, zu der die Lichtstärke der Sonne nicht hinreicht?

Personen verhaftet, die an der Herbeischaffung des Dynamits beteiligt gewesen sein sollen, darunter Frau Minna Fahrenz. Ein Sohn des Schmieders August Merges, Alfred Merges, ist an den Dynamitattentaten selbst beteiligt gewesen. Die Täter sind teils geflohen, teils werden die Beweismittel zu ihrer Ueberführung ansetzen.

## Der deutsch-amerikanische Friede und die Alliierten

Washington, 7. September. (Neuer.)

Die amerikanische Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die alliierten Mächte über die Verhandlungen zu informieren, die zwischen Deutschland und Amerika zur Aufhebung des Friedensvertrages geführt haben, doch geschieht dies nicht auf amtlichem Wege, und man unterstreicht den nichtamtlichen Charakter dieser Mitteilungen. Ihre Uebermittlung läßt erkennen, daß es sich um einen reinen Höflichkeitshandling handelt. Man läßt sogar durchblicken, daß bereits vor der Veröffentlichung des Wortlautes des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Amerika die Amerikaner Grund hatten, zu glauben, daß dieser Wortlaut auf keinerlei Widerstand auf Seiten der Alliierten stoßen würde.

## Französische Finanzpolitik

Paris, 8. September.

Die Finanzkommission der Kammer hat, wie die Morgenblätter melden, folgende Entschliessung angenommen: In der Erwägung, daß es im Interesse der Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit eine Politik der Senkung des Zinssatzes der Bank von Frankreich einleitet werden muß, beschließt die Finanzkommission, die Kredite für die Zinsen der schwedischen Schuld des Staatsschatzes um 100 000 000 Franken herabzusetzen. Die Entschliessung wurde durch eine Abordnung dem Ministerpräsidenten sofort zur Kenntnis gebracht.

## Beratung des Landwirtschaftsetats

Unabhängige Anträge zur Förderung der Produktion

Bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wies der Berichterstatter von der Dörs (Deutschnational) darauf hin, daß die Körnerfruchtenernte gute Ertragsnisse zeige, jedoch keineswegs als Reforberne zu betrachten sei, während die Futter- und Kartoffelernte als vollständige Missernten bezeichnet werden müssen. Auch die Hackfruchtenernte werde nur mäßige Erträge liefern. Das Umlageverfahren in der Getreidebewirtschaftung fordere zu scharfer Kritik heraus, da die einzelnen Landesstellen scheinbar auch noch ungleichmäßig zu der Befruchtung herangezogen seien, sei es vor allen Dingen notwendig, Mittel und Wege zu finden, um zu verhindern, daß nicht größere Mengen Brotgetreide über die Grenze verschoben werden. Mit Ausnahmefällen allein sei nichts auszurichten. Die Landwirte müßten durch die Landverbände aufgefordert werden, das Brotgetreide zurückzuhalten, damit die Versorgung der Industriegebiete für den Sommer sichergestellt werden könne. Man müßte aber auch den Landwirten von Seiten der Linken entgegenkommen. Es trage nicht zur Hebung der Opferbereitschaft der Landwirte bei, wenn versucht würde, wie es in letzter Zeit verschiedentlich geschehen sei, Landverbände, Lannenbergern und ähnliche patriotische Organisationen gewaltsam zu fördern und zu verhindern. Wenn das so fortginge, brauche man sich nicht zu wundern, wenn auf der anderen Seite Mittel angewendet werden, die nicht im Interesse der Verbraucher liegen. Man müsse vielmehr versuchen,

die Landwirte bei guter Stimmung zu erhalten, um durch freiwillige Ablieferung an die Kommunalverbände als Ergänzung der Umlage sich Reforberne für den Schluß des Wirtschaftsjahres zu sichern.

In der Debatte sprachen dann noch der Abg. Peters (S. P. D.) und der Deutschnationaler Schlang, der in das Horn des Berichterstatters blies. Er bezweifle ebenfalls die Umlage als eine große Härte und forderte, auf die Psychologie der Landwirte Rücksicht zu nehmen. Von der Regierung wurde eine bestimmte Erklärung gefordert, daß im nächsten Jahre die vollständige freie Wirtschaft eingeführt wird. Weiter wurde die Einrichtung von Heim- und Fleckhuforganisationen sowie die Anerkennung des Landverbands als Gewerkschaft gefordert. Es wurde zugesagt, daß Waffenbestände auf dem Lande vorhanden sind, indem der Redner sagte:

Laßen Sie doch den Bauern die Waffen als Schutz!

Der Vertreter der Deutschen Volkspartei äußerte sich in ähnlichem Sinne. Der Demokrat Dr. Wendt ritt wieder kein Siedensperfer; er sprach eine Stunde lang über Siedenspolitik. Abg. Wende (S. P. D.) wandte sich in scharfer Weise gegen die Landverbände. Im übrigen sei noch viel in der Landwirtschaft zu tun, da nach einer Randfrage des Landarbeitersverbandes sich ergeben habe, daß noch 44 310 Morgen Ackerland brachliegen, die noch nutzbar gemacht werden müßten. Weiter gab er sich der Illusion hin, daß durch gemeinschaftliches Zusammenarbeiten von Unternehmern und Arbeitern eine wesentliche Hebung der Produktion herbeigeführt werden könne.

Die unabhängige Fraktion hat folgende Anträge eingebracht:

1. Ueberführung der Bewirtschaftung des Grund und Bodens von Groß- und Mittelbetrieben in Gemeinwirtschaft.
2. Abschaffung der feudalen Domänen und Ueberführung der Betriebe in Gemeinwirtschaft.
3. Sofortige entschädigungslose Enteignung des Grund und Bodens, deren Besitzer ihn entweder nicht selbst bewirtschaften, unrentabel verwerten oder Raubbau damit treiben, soweit sie nicht bereits unter die Bestimmung zu 1. fallen.
4. Die Produktion von künstlichem Dünger sowie alle zur landwirtschaftlichen Erzeugung notwendigen Hilfsmittel, wie Kohlen, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte usw., auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage vorzunehmen, wobei selbstverständlich die Interessen einer gesteigerten landwirtschaftlichen Produktion Berücksichtigung finden müssen.
5. Förderung der Genossenschaftswirtschaft und der Viehzucht aller Gattungen in zu diesen Zwecken besonders eingerichteten Betrieben gemeinwirtschaftlicher Art.
6. Ausbau von Licht-, Kraft- und Wasserversorgung sowie Förderung des Verkehrswesens zur Beförderung der landwirtschaftlichen Produkte.
7. Bildung von Genossenschaften in zusammenhängenden Wirtschaftsgewirken zur Erhaltung der Produktion.
8. Zuführung der notwendigen Arbeitskräfte für die landwirtschaftlichen Betriebe durch
  - a) Schaffung von unabhängigen Wohnungen und Unterkunftsräumen,
  - b) Verbesserung der materiellen Lage der Landarbeiterschaft durch Gewährung auskömmlicher Löhne,
  - c) Ausbau des Volkshilfswesens unter besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse der Fortbildung der schulentlassenen Jugend für den landwirtschaftlichen Beruf.

Um der jetzt bestehenden Futtermittelnot vorzubeugen, wird folgendes beantragt:

1. Die sofortige Beschlagnahme und Zwangsbewirtschaftung der vorhandenen Heu- und Futtermittelbestände.
2. Eine gerechte Verteilung der beschlagnahmten Vorräte.
3. Beschaffung und Verteilung von Sämereien für die Winter- und Frühjahrsfaat.

Der Fall von Ungarn wird von türkischer Seite bestritten. Konstantinopeler Meldungen besagen, daß die Griechen noch 50-70 Kilometer von der Stadt entfernt seien.

nach das beklagenswerte Bild einer bedenkenlosen Selbstbesetzung eines Genies bot. Wahnmann zappelte und turnte ohne Kommando trauriger Abend. Haben die doch sonst so klugen Herren Reinhold und Bernauer wirklich Recht, dem Berliner Publikum so ein Komödientück zu bieten? Man verließ das Komödienthaus mit einem Gefühl der Dankbarkeit für die mutigen zwanzig Menschen, die jeden Akt mit Pfeifen und Rufen quittierten.

**Periodizität des Vulkanismus.** Wenn die Gravitation des Mondes und der Sonne, in schwacher Weise auch der Planeten, auf die Erde als Ganzes erwirkenden einen Einfluss ausübt, so muß sie auch auf jeden einzelnen Massenkomplex des Erdbodens wirken, d. h. die Gravitation der Weltkörper erstreckt sich keineswegs nur auf die Oberfläche unserer Planeten, sondern durchdringt nach allen Richtungen und äußert sich auch in der Tiefe mit einer ganz bestimmten Intensität, die sich aus der Mächtigkeit der Planeten, die abschwächenden Masse ergibt. Diesen Sach stellt die Astronomie in seinen Ausführungen in der "Astronomischen Zeitschrift" dar, in denen er den Beweis der Einwirkung fremder Systeme als Ursachen der Evolutionen der im Erdinnern vorhandenen Substanzen und damit der Vulkanausbrüche und der Ausdehnung und Entfaltung der Himmelskörper bilden dabei notwendig ein höchst kompliziertes System, das sich auch in seiner astronomisch-jelomischen Effekten wieder spiegelt. Hier wie da laufen nämlich kurze und lange Perioden durcheinander, die zu einzelnen und auszuordnen recht schwierig ist. Stenkel teilt die Perioden sodann in kurze, mittlere und lange. Unter den kurzen Perioden versteht er etwa die tägliche Rotation der Sonne und des Mondes, die Umlaufzeiten des Mondes (von Erdnähe zu Erdnähe) und von Neumond zu Neumond) sowie die Aquatorperioden der Sonne; unter den mittleren Perioden das Immerwiederkehren der eruptiven Sonnenaktivität (Sonnenflecken usw.) und die Wiederkehr der Sonnen- und Mondfinsternisse; unter den langen Perioden schließlich den Umlauf der Äpfel der Erdbahn von 9900 Jahren und die Veränderung der Schiefe der Ekliptik. Schon früher wurden einzelne dieser Perioden im Zusammenhange mit Erdbeben und Eruptionen nachzuweisen versucht. Stenkel teilt eine Reihe Forscher, vor allem Credner und Oldham, mit, welche die täglichen Schwankungen der Erdbodenaktivität beobachten und gab Aufschluß über die periodischen Variationen des Bodens. Als Entstehungsurachen räumte er den Einwirkungen des Luftdrucks und der Temperatur ein gewisses Recht ein. Man hat aber doch Luftdruck und Temperatur durch kosmische Wärme (Wärme, Licht, Elektrizität der Sonne) beeinflusst werden, so liegt nahe, daß solche Einwirkungen wie auf die Atmosphäre auch auf den festen Erdkörper selbst wirken.

Man nimmt jedoch in der Versuch gemacht worden, die Beziehungen zwischen Mond- und Sonnenrotation und Erdbeben- und Vulkanausbrüchen wissenschaftlich nachzuweisen und zwar durch den Vergleich der Sternwarten in Wien, den Astronomen und Vulkanologen Julius Schmidt, der an mehr als 70 000 gleichzeitigen Erdbeben die Einwirkungen der beiden großen Weltkörper einwandfrei feststellte.

